

Beschluss des Gemeinderats vom 27.07.2015

§ 14 Zuständigkeit des Ortschaftsrats

- (1) Der Ortschaftsrat hat die örtliche Verwaltung zu beraten.
- (2) Der Ortschaftsrat ist zu wichtigen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, vor der Entscheidung durch den Gemeinderat zu hören und hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen.
- (3) Wichtige Angelegenheiten im Sinne des Absatzes 2 sind insbesondere:
 - 3.1 Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die die Ortschaft betreffenden Angelegenheiten.
 - 3.2 Die Bestimmung und wesentliche Änderungen der Zuständigkeiten sowie die Aufhebung der örtlichen Verwaltung in der Ortschaft.
 - 3.3 Die Vorauswahl von hauptsächlich in der örtlichen Verwaltung eingesetzten Gemeindebediensteten.
 - 3.4 Die Aufstellung, wesentliche Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen, die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen und städtebauliche Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch, sowie die Abgabe von Stellungnahmen zu Bauanträgen und Bauvoranfragen.
 - 3.5 Die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung gemeindeeigener Einrichtungen, einschließlich Straßen, Wege und Plätze und deren Beleuchtungseinrichtungen, im Gebietsbereich der Ortschaft.
 - 3.6 Bei der Errichtung oder wesentlichen Erweiterung gemeindeeigener Einrichtungen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss).
 - 3.7 Der Erlass, die wesentliche Änderung und Aufhebung von Ortsrecht, Satzungen und Rechtsverordnungen.
 - 3.8 Die Betreuung des örtlichen Kindergartens, insbesondere die Anhörung bei der Einstellung des Leitungspersonals, bei Veränderungen am Konzept und bei der Festlegung der Gebühren.
- (4) Dem Ortschaftsrat werden im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel folgende Angelegenheiten, soweit sie die jeweilige Ortschaft betreffen, zur Entscheidung übertragen:
 - 4.1 Die Ausgestaltung und Planung, Unterhaltung und Benutzung von gemeindeeigenen Einrichtungen (z.B. Kindergarten, Friedhof, Bürgerhaus, Feuerwehr, Spielplätze, Freizeiteinrichtungen, ...), einschließlich Straßen, Wege und Plätze und deren Beleuchtungseinrichtungen. Dies umfasst auch die Festlegung der Reihenfolge bzgl. Um- und Ausbau, Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen. Ausgenommen sind die Festsetzung von Beiträgen und Gebühren. Hier ist eine Beteiligung des OR in Form der Anhörung vorzunehmen.
 - 4.2 Die Pflege des Ortsbildes und des örtlichen Brauchtums.
 - 4.3 Die Förderung der örtlichen Vereine und Gruppierungen. Hierfür wird dem Ortschaftsrat im Haushaltsplan ein jährliches Budget für Freigiebigkeitsleistungen bereitgestellt.
 - 4.4 Die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen.

- 4.5 Die Veräußerung und dingliche Belastung, der Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten oder beweglichem Vermögen ohne Wertgrenzen, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten.
- 4.6 Verträge über die Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Jagd (sofern dies nicht durch die Jagdgenossenschaft erfolgt), Fischwasser oder beweglichem Vermögen mit einem unbegrenzten jährlichen Miet- oder Pachtwert.
- (5) Ist eine Angelegenheit gemäß (4) auf den Ortschaftsrat übertragen,
- 5.1 wird der Ortschaftsrat grundsätzlich in alle diese Angelegenheit betreffenden Vorgänge involviert.

Soweit in dieser Satzung Wertgrenzen genannt sind, gelten diese Werte einschließlich Umsatzsteuer und beziehen sich auf den einheitlich wirtschaftlichen Vorgang.

Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbedarf.

Erhöhen sich während der Durchführung einer Maßnahme die der ursprünglichen Entscheidung über die Zuständigkeit zu Grunde liegenden Gesamtkosten, überträgt sich die Zuständigkeit automatisch auf den Gemeinderat.